

An den Minister der Justiz des
Landes Nordrhein-Westfalen
Herrn Dr. Benjamin Limbach
Martin-Luther-Platz 40

Hamm, 7. August 2024

40212 Düsseldorf

Eckpunkte für eine Reform der Besetzungsverfahren für Spitzenämter in der Justiz NRW – Vorschläge des Ministers der Justiz Dr. Benjamin Limbach

Schreiben vom 26.06.2024

Aktenzeichen: 3110-Z.30

Sehr geehrter Herr Minister,
sehr geehrter Herr Holtgrewe,

der DRB-NRW bedankt sich für die mit Schreiben vom 26.06.2024 ermöglichte Gelegenheit zur Stellungnahme zu den Vorschlägen für eine Reform der Besetzungsverfahren für Spitzenämter in der Justiz NRW.

Wir begrüßen den Anstoß für eine Reform mit dem Ziel, das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Justiz zu stärken. Wir halten auch die vorgeschlagenen Mittel, mehr Rechtsklarheit, mehr Transparenz und mehr Mitbestimmung grundsätzlich für geeignet, um dieses Ziel zu erreichen. Die vorgeschlagenen Mittel reichen aber bei weitem nicht aus.

Ihr Gesprächs- und Diskussionsangebot hierzu nehmen wir gerne an. Gerne würden wir uns in einem Gespräch mit Ihnen weiter dazu austauschen. Wegen der Komplexität des Themas, der andauernden Ferienzeit und unserer bevorstehenden Landesvertreterversammlung können und wollen wir uns hier noch nicht abschließend positionieren. Folgende erste Gedanken möchten wir dennoch schon an dieser Stelle einbringen:

- 1) Das Ziel, das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Justiz zu stärken, halten wir für sehr wichtig. Gerade in herausfordernden Zeiten kann und sollte auch dadurch die Resilienz der Justiz gegenüber möglichen Eingriffen in die Unabhängigkeit gestärkt werden.
- 2) Die angestoßene Diskussion sollte in jedem Fall über die Besetzung von „Mittelbehördenleitungen“ hinausgehen. Erwägenswert wäre etwa ein Nachdenken über neue Standards auch für die Besetzung aller Präsidentenstellen und aller Behördenleitungen der Staatsanwaltschaften in der Justiz in Nordrhein-Westfalen.

- 3) Ausdrücklich begrüßen wir die Vorschläge 2, 5 und 6. Mehr Transparenz, schnellere Besetzungsverfahren in Gerichten und Staatsanwaltschaften sowie eine Ausweitung der Mitbestimmung erscheinen uns grundsätzlich als geeignete Mittel, um das Vertrauen der Bevölkerung in die unabhängige Dritte Staatsgewalt zu stärken. Wir bitten daher schon jetzt darum, die hierzu vorgeschlagenen Änderungen sehr zeitnah umzusetzen.
- 4) Zusätzlich dazu würden wir es begrüßen, wenn der Landtag oder Sie als Minister der Justiz eine Arbeitsgruppe einsetzt oder eine Studie beauftragt, um unsere grundsätzlichen Strukturen zur Bewahrung einer unabhängigen Justiz zu überprüfen und gegebenenfalls perspektivisch zu optimieren. Wir halten es hierbei für sinnvoll und notwendig, die verschiedenen Einstellungs- und Besetzungsverfahren in den Bundesländern zu vergleichen und die Vor- und Nachteile herauszuarbeiten. Auch ein Blick auf die Strukturen in anderen europäischen Staaten kann unseres Erachtens hilfreich sein, um die Vor- und Nachteile unseres bisherigen Systems gegenüber anderen Systemen, etwa mit Richterwahlausschüssen, Justizverwaltungsräten oder Beurteilungssenaten abzuwägen. Wir sind gerne bereit, diese Untersuchung mit zu begleiten, ggfs. können wir zudem anbieten, unseren Bundesverband mit einzubinden, und entsprechende Kontakte herstellen.

Über Ihre Terminvorschläge für das angeführte Gespräch würden wir uns sehr freuen und verbleiben bis dahin

mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. Gerd Hamme
(Geschäftsführer)